

Feminismus, Kapitalismus und die List der Geschichte

Von Nancy Fraser

Im Rückblick auf rund 40 Jahre Neue Frauenbewegung möchte ich nachfolgend eine Einschätzung des Gesamtverlaufs dieser Bewegung und ihrer geschichtlichen Bedeutung wagen. Durch eine Rekonstruktion des Weges, den wir zurückgelegt haben, hoffe ich, die Herausforderungen, vor denen wir heute stehen, ins rechte Licht rücken zu können – heute, das heißt angesichts einer tiefen Wirtschaftskrise, sozialer Ungewissheit und politischer Umgruppierungen.

Meine Darstellung konzentriert sich auf drei Punkte im historischen Ablauf. An jedem von ihnen lässt die Neue Frauenbewegung sich in Relation zu einem ganz bestimmten Stadium der Kapitalismusgeschichte setzen. Der erste dieser Punkte betrifft die Anfänge der Bewegung im Kontext dessen, was ich als „staatlich organisierten Kapitalismus“ bezeichne. Punkt zwei bezieht sich auf den Evolutionsprozess des Feminismus im dramatisch gewandelten Kontext des aufkommenden Neoliberalismus. Der dritte Punkt diskutiert die Möglichkeit einer Neuorientierung des Feminismus im Rahmen der gegenwärtigen kapitalistischen Krise, die die Anfänge eines Übergangs vom Neoliberalismus zu einer neuen Form der Gesellschaftsorganisation markieren könnte.

Diese Darstellungsweise, mit ihrer Bezugnahme auf die Geschichte des Kapitalismus, unterscheidet sich von gängigen Vorstellungen über die Neue Frauenbewegung. Oft heißt es nämlich, der relative Erfolg der Bewegung im Kampf um kulturelle Veränderungen stehe in scharfem Gegensatz zu ihrem relativen Scheitern im Hinblick auf echten institutionellen Wandel. Dieser Lesart zufolge sind die in früheren Jahrzehnten so umstrittenen feministischen Gleichberechtigungsideale jetzt mitten im gesellschaftlichen Mainstream gelandet, obwohl ihre Verwirklichung in der Praxis weiterhin aussteht.

Es spricht einiges für diese Sicht, die zu Recht konstatiert, dass feministische Ideen heute verbreitet Akzeptanz finden. Aber die These vom kulturellen Erfolg bei institutionellem Scheitern trägt nicht allzu viel dazu bei, die historische Bedeutung und die Zukunftsaussichten der Neuen Frauenbewegung ins rechte Licht zu rücken. Mit der Behauptung, das Institutionelle sei hinter dem Kulturellen zurückgeblieben – als ob das eine sich ohne das andere wandeln könnte –, legt sie die Annahme nahe, wir müssten lediglich dafür sorgen, dass

* Dieser Beitrag ist die geringfügig überarbeitete und gekürzte Fassung eines Artikels, der zuerst in „New Left Review“, 2/2009, S. 43-59, veröffentlicht wurde.

das erstere mit dem letzteren gleichzieht, um die feministischen Hoffnungen zu verwirklichen. Aber auf diese Weise gerät eine komplexere, verstörende Möglichkeit aus dem Blick: nämlich dass die Ausbreitung kultureller Einstellungen, die der Neuen Frauenbewegung entstammen, sich als integraler Bestandteil einer anderen gesellschaftlichen Transformation erweist, welche die Feministinnen weder erstrebt noch vorhergesehen haben – einer Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation des Nachkriegskapitalismus. Die These lässt sich auch schärfer formulieren: Die kulturellen Veränderungen, die die Neue Frauenbewegung in Gang setzen konnte, dienten, so heilsam sie an sich sind, zugleich der Legitimation eines strukturellen Umbaus der kapitalistischen Gesellschaft, welcher feministischen Visionen einer gerechten Gesellschaft diametral zuwiderläuft.

In dem vorliegenden Essay möchte ich dieser irritierenden Möglichkeit nachgehen. Meine Hypothese lässt sich folgendermaßen skizzieren: Was an der Neuen Frauenbewegung wirklich neu war, das war die Art und Weise, in der sie – immer in kritischer Auseinandersetzung mit dem androzentrischen staatlich organisierten Kapitalismus – drei analytisch zu unterscheidende Dimensionen geschlechtsbezogener Ungerechtigkeit miteinander verband. Indem sie den staatlich organisierten Kapitalismus einer weit ausgreifenden und vielschichtigen Analyse unterzogen, in der die drei genannten Perspektiven einander zwanglos durchdringen konnten, leisteten die Feministinnen eine ebenso weit verzweigte wie systematische Kritik. Doch in den folgenden Jahrzehnten geriet der Zusammenhang dieser drei Dimensionen der Ungerechtigkeit aus dem Blick, und sie wurden sowohl voneinander wie von der Kapitalismuskritik getrennt. Diese Fragmentierung der feministischen Kritik führte zur selektiven Eingliederung, zur partiellen Reintegration einiger ihrer Strömungen. Abgetrennt voneinander und von der Gesellschaftskritik, die sie miteinander verbunden hatte, wurde so manche Hoffnung der Neuen Frauenbewegung in den Dienst eines Projekts gestellt, das unserer größeren, ganzheitlichen Vision der gerechten Gesellschaft zutiefst widersprach. Utopische Wünsche entwickelten eine Art Doppelleben, als Stimmungslagen, die den Übergang zu einer neuen Kapitalismusform legitimieren halfen: zu einem postfordistischen, transnationalen, neoliberalen Kapitalismus.

Feminismus und staatlich organisierter Kapitalismus

Zunächst geht es mir darum, die Entstehung der Neuen Frauenbewegung in den Kontext des staatlich organisierten Kapitalismus zu stellen. Unter „staatlich organisiertem Kapitalismus“ verstehe ich die nach dem Zweiten Weltkrieg hegemoniale Gesellschaftsformation, in der den Staaten bei der Steuerung der jeweiligen Nationalökonomie eine aktive Rolle zukam.¹ Ich verwende diesen Begriff zur Bezeichnung der OECD-Wohlfahrtsstaaten und der ex-kolonialen

1 Zur Diskussion des Begriffs vgl. Friedrich Pollock, Staatskapitalismus, in: Helmut Dubiel und Alfons Söllner (Hg.), *Wirtschaft, Recht und Staat im Nationalsozialismus: Analysen des Instituts für Sozialforschung 1939-1942*, Frankfurt a. M. 1981, S. 81-109.

Entwicklungsregime der Nachkriegszeit. Staaten dieser beiden Typen waren es ja, in denen Anfang der 70er Jahre die Neue Frauenbewegung zuerst in Erscheinung trat. Was genau provozierte diese Eruption? Zur Erklärung verweise ich auf vier Charakteristika, welche die politische Kultur des staatlich organisierten Kapitalismus bestimmten.

Ökonomismus: Der staatlich organisierte Kapitalismus beinhaltete per definitionem den Einsatz öffentlicher politischer Macht zur Regulierung der Wirtschaftsmärkte (die er in manchen Fällen sogar ersetzte). Dabei handelte es sich im Wesentlichen um Krisenmanagement im Kapitalinteresse. Dennoch bezogen die betreffenden Staaten ihre politische Legitimität größtenteils aus dem Anspruch, Inklusion, soziale Gleichstellung und klassenübergreifende Solidarität zu fördern. Soziale Fragen wurden hauptsächlich im Rahmen distributiver Begriffe behandelt, als Angelegenheiten, die die gerechte Allokation teilbarer Güter betrafen, besonders von Einkommen und Arbeitsplätzen, während man die gesellschaftlichen Spaltungen primär im Klassenprisma sah. Diese klassenzentrierte ökonomistische Vorstellungswelt bewirkte eine Marginalisierung anderer Dimensionen, anderer Orte und Achsen der Ungerechtigkeit.

Androzentrismus: Die Folge war, dass die politische Kultur des staatlich organisierten Kapitalismus sich den idealtypischen Staatsbürger als einen der ethnischen Majorität angehörigen männlichen Arbeitnehmer vorstellte – als Ernährer und Familienvater. Zugleich wurde allgemein angenommen, dass der Arbeitslohn dieses Mannes die hauptsächliche, wenn nicht gar die einzige wirtschaftliche Grundlage seiner Familie zu bilden hatte, während alle etwaigen Arbeitseinkünfte seiner Ehefrau als bloßer Zuverdienst galten. Dieses tief in hergebrachten Geschlechterstereotypen verankerte Konstrukt vom „Familienlohn“ diente gleichermaßen als gesellschaftliches Ideal, das Modernität und Aufstiegschancen versprach, wie als Grundlage staatlicher Politik in Beschäftigungs-, Wohlfahrts- und Entwicklungsfragen. Noch in den 50er und 60er Jahren diente das Ideal des Familienlohns, obwohl bereits weitgehend kontrafaktisch, der Festlegung von Gender-Normen und der Disziplinierung derjenigen, die gegen sie verstießen. Es stärkte die Autorität des Mannes im Haushalt und kanalisierte Glückserwartungen in den privatisierten häuslichen Konsum. Und mit ihrer Überbewertung der Lohnarbeit verstellte die politische Kultur des staatlich organisierten Kapitalismus – nicht minder folgenreich – den Blick auf die gesellschaftliche Bedeutung unbezahlter Pflegeleistungen und der Reproduktionsarbeit. Indem sie androzentrische Vorstellungen von Familie und Arbeit institutionalisierte, naturalisierte sie Geschlechterungerechtigkeiten und entzog diese der politischen Auseinandersetzung.

Etatismus: Der staatlich organisierte Kapitalismus war zugleich etatistisch orientiert, von einem technokratischen Geist, einem Managerethos durchzogen. Wohlfahrtsstaaten und Entwicklungsregime behandelten, indem sie sich bei der Politikentwicklung auf professionelle Experten und bei der Implementierung auf bürokratische Apparate verliehen, diejenigen, denen sie angeblich dienten, eher als Klienten, Konsumenten und Steuerzahler denn als aktive

Bürgerinnen und Bürger. Was dabei herauskam, war eine entpolitisierte Kultur, welche Gerechtigkeitsfragen als technische Fragen ansah, die durch Sachverständigen-Kalkulationen oder korporatistische Aushandlungsverfahren zu regeln seien.

Orientierung auf das „westfälische“ Staatensystem: Schließlich ist festzuhalten, dass es sich beim staatlich organisierten Kapitalismus per definitionem um eine nationale Formation handelte, die danach strebte, die Potentiale von Nationalstaaten zu mobilisieren, um die nationalökonomische Entwicklung im Namen der Bürgerinnen und Bürger des jeweiligen Staates zu fördern. Ermöglicht durch das Regelwerk von Bretton Woods beruhte diese Formation auf der Aufteilung des politischen Raumes in territorial abgegrenzte Gemeinwesen. Im Ergebnis institutionalisierte die politische Kultur des staatlich organisierten Kapitalismus die „westfälische“ (das heißt die seit dem Westfälischen Frieden von 1648 vorherrschende) Auffassung, verbindliche Rechtsvorschriften und Gerechtigkeitsgebote hätten nur für die Bürger eines solchen Gemeinwesens untereinander Geltung. Das verstümmelte die Idee der Gerechtigkeit und verkürzte ihre Reichweite, wodurch grenzüberschreitende Ungerechtigkeiten marginalisiert bzw. sogar vollständig aus dem Blick gerückt wurden.²

Die Kritik der Neuen Frauenbewegung

Allgemein gesprochen war die politische Kultur des staatlich organisierten Kapitalismus also ökonomistisch, androzentrisch, etatistisch und in internationaler Hinsicht auf ein System souveräner Nationalstaaten zugeschnitten – alles Eigenschaften, die seit Ende der 60er Jahre zum Gegenstand feministischer Kritik wurden. Gehen wir diese Aspekte Punkt für Punkt durch.

Neue Frauenbewegung contra Ökonomismus: In ihrer Weigerung, Ungerechtigkeit ausschließlich in der Perspektive der Ungleichverteilung zwischen sozialen Klassen zu sehen, traf sich die Neue Frauenbewegung mit anderen emanzipatorischen Bewegungen, um die restriktive, ökonomistische Vorstellungswelt des staatlich organisierten Kapitalismus aufzusprengen. Die Politisierung „des Privaten“ weitete die Bedeutung des Gerechtigkeitsbegriffs aus und benannte auch gesellschaftliche Ungleichheiten als Unrecht, die seit Urzeiten übersehen, geduldet oder gerechtfertigt worden waren. Sie lehnte sowohl die ausschließliche Fokussierung des Marxismus auf die politische Ökonomie wie jene des Liberalismus auf Recht und Gesetzlichkeit ab und enthüllte andere Ungerechtigkeiten – in Familie und kulturellen Traditionen, in Zivilgesellschaft und Alltagsleben. Darüber hinaus dehnte die Neue Frauenbewegung den Einzugsbereich des Rechtes auf vormalige Privatangelegenheiten wie Sexualität, Hausarbeit, Reproduktion und Gewalt gegen Frauen aus.³ Der solchermaßen erweiterte Begriff der Ungerechtigkeit erfasst nicht

2 Zum „westfälischen“ politischen Denken vgl. ausführlich Nancy Fraser, *Reframing Justice in a Globalizing World*, in: „New Left Review“, 7/2005; vgl. auch Seyla Benhabib, *Kosmopolitismus und Demokratie: Von Kant zu Habermas*, in: „Blätter“, 6/2009, S. 65-74.

3 Vgl. auch Stefanie Ehmsen, *Der halbe Weg zur Hälfte des Himmels. Vier Jahrzehnte Neue Frauenbewegung*, in: „Blätter“, 9/2008, S. 91-99.

nur Erscheinungen wirtschaftlicher Ungleichheit, sondern auch Stushierarchien und Asymmetrien politischer Macht. Im Rückblick lässt sich konstatieren, dass die Neue Frauenbewegung ein monistisches, ökonomistisches Gerechtigkeitsverständnis durch ein breiteres, dreidimensionales Verständnis ersetzt hat, das sowohl die Wirtschaft als auch Kultur und Politik umfasst.

Was die Unmenge neu entdeckter Ungerechtigkeiten miteinander verband, war die Erkenntnis, dass die Unterordnung der Frauen systemisch und in den Tiefenstrukturen der Gesellschaft begründet ist. Die meisten der Neuen Feministinnen – mit der bemerkenswerten Ausnahme der liberalen Feministinnen – stimmten darin überein, dass eine radikale Transformation der gesellschaftlichen Tiefenstrukturen insgesamt erforderlich sei, um die Unterordnung der Frauen zu überwinden. Diese gemeinsame Überzeugung von der Notwendigkeit einer Systemtransformation lässt die Ursprünge der Bewegung in dem umfassenderen emanzipatorischen Gärungsprozess jener Zeit erkennen.

Neue Frauenbewegung contra Androzentrismus: Auch wenn die Neue Frauenbewegung aus der allgemeinen Aufbruchstimmung des 60er-Jahre-Radikalismus resultierte, war ihr Verhältnis zu anderen emanzipatorischen Bewegungen doch gespannt. Schließlich kämpfte sie vor allem gegen die Geschlechterungerechtigkeit des staatlich organisierten Kapitalismus, die für nichtfeministische Antiimperialisten und Neue Linke kaum im Vordergrund stand. Sozialistische, antiimperialistische und schwarze Feministinnen standen vor der Schwierigkeit, gegen den Sexismus innerhalb der Linken anzugehen und dabei doch Teil derselben zu bleiben.

Zumindest eine Zeit lang schafften sozialistische Feministinnen es tatsächlich, diese schwierige Balance zu halten. Sie verorteten den harten Kern des Androzentrismus in einer geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, welche alle Tätigkeiten systematisch entwertete, die von Frauen – ob bezahlt oder unbezahlt – ausgeübt wurden oder mit ihnen verbunden waren. Mit dieser Analyse des staatlich organisierten Kapitalismus legten sie die tiefenstrukturellen Zusammenhänge offen: zwischen der Verantwortlichkeit der Frauen für den Löwenanteil unbezahlter Betreuungs- und Sorgearbeit, ihrer Subordination in der Ehe und im Privatleben, der geschlechtsspezifischen Segmentierung der Arbeitsmärkte, der Männervorherrschaft im politischen System und dem Androzentrismus der sozialstaatlichen, industrie- und entwicklungspolitischen Konzeptionen. Im Ergebnis identifizierten sie den „Familienlohn“ als den Punkt, in dem geschlechtsbedingte Ungleichverteilung, mangelnde Anerkennung und mangelnde Vertretung in den gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen konvergierten. Weit entfernt davon, einfach nur die volle Eingliederung der Frauen in die kapitalistische Gesellschaft als Lohnempfängerinnen zu betreiben, strebte die Neue Frauenbewegung nach einer Transformation der Tiefenstrukturen und Orientierungswerte des Systems – zum Teil durch Relativierung der Lohnarbeit und Aufwertung unbezahlter Tätigkeiten, insbesondere der von Frauen erbrachten gesellschaftlich notwendigen Betreuungs- und Sorgearbeit.

Neue Frauenbewegung contra Etatismus: Wie ihre Verbündeten von der Neuen Linken lehnten auch die Neuen Feministinnen den bürokratischen

Geist und das Managerethos des staatlich organisierten Kapitalismus ab. Die verbreitete Kritik am fordistischen Organisationstyp ergänzten sie um eine Gender-Analyse, die die Kultur der von oben gesteuerten Großorganisationen als Ausdruck einer modernisierten Männlichkeit der professionellen Manager im staatlich organisierten Kapitalismus deutete.⁴ Im Zusammenhang mit der Ausbildung eines nicht-hierarchischen Gegen-Ethos schwesterlicher Verbundenheit entwickelte die Neue Frauenbewegung die neuartige Organisations- und Aktivierungspraxis des *consciousness-raising* (Bewusstseinsbildung). Sie versuchte, die für den Etatismus charakteristische scharfe Trennung von Theorie und Praxis zu überbrücken und präsentierte sich dabei als gegenkulturelle Demokratisierungsbewegung – antihierarchisch, partizipatorisch und demotisch (also auf „Menschen wie Du und ich“ zugehend).

Aber anders als einige ihrer gegenkulturellen Genossen lehnten die meisten Feministinnen staatliche Institutionen nicht einfach *als solche* ab. Vielmehr fassten sie, um die letzteren mit feministischen Werten zu erfüllen, einen partizipatorisch-demokratischen Staat ins Auge, der seine Bürgerinnen und Bürger „ermächtigte“, also im Sinne eines „Empowerment“ befähigte, für sich selbst zu sprechen und zu handeln. Sie stellten sich das Verhältnis von Staat und Gesellschaft grundlegend verändert vor, und sie waren bestrebt, passive Objekte staatlicher Sozial- oder Entwicklungspolitik in aktive Subjekte zu verwandeln, die fähig sind, sich in demokratische Verfahren der Bedarfs- und Bedürfnisermittlung einzuschalten. Dementsprechend bestand das Ziel weniger in der Auflösung staatlicher Institutionen als darin, sie zu Agenturen umzugestalten, die Geschlechtergerechtigkeit fördern, ja sogar sozusagen verkörpern.

Neue Frauenbewegung contra und pro „Westfälisches System“: Ambivalenter war das Verhältnis des Neuen Feminismus zur „westfälischen“ Dimension des staatlich organisierten Kapitalismus. Angesichts ihrer Ursprünge in der weltweiten Protestbewegung jener Zeit gegen den Vietnamkrieg lag es nahe, dass die Neue Frauenbewegung sensibel auf grenzüberschreitende Ungerechtigkeiten reagierte. Dies galt insbesondere für Feministinnen in der „Dritten Welt“, deren Gender- mit Imperialismuskritik einherging. Aber dort wie anderswo auch betrachteten die meisten Feministinnen den eigenen Staat als Hauptadressaten ihrer Forderungen. So tendierte die Neue Frauenbewegung dazu, sich in der Praxis innerhalb des westfälischen Rahmens zu bewegen, selbst wenn dieser auf theoretischer Ebene Gegenstand feministischer Kritik war. Im Kontext des staatlich organisierten Kapitalismus wirkte der (für manche schon als solcher des Imperialismus oder der Bevormundung verdächtige) Slogan „sisterhood is global“ eher künstlich, als abstrakte Geste, denn als ein postwestfälisches politisches Projekt, das sich in der Praxis vorantreiben ließ.

Im Allgemeinen blieb die Neue Frauenbewegung – selbst in ihrer Ökonomismus-, Androzentrismus- und Etatismuskritik am staatlich organisierten Kapitalismus – auf ambivalente Weise „westfälisch“. Doch unter allen genannten Aspekten bewies sie ein beachtliches Differenzierungsvermögen.

4 Vgl. hierzu auch Ingrid Kurz-Scherf, Monopoly-Kapitalismus – Reservat der Männlichkeit, in: „Blätter“, 5/2009, S. 36-40.

So sehr sie den Ökonomismus ablehnten, so wenig zweifelten die Feministinnen dieser Zeit am zentralen Stellenwert der Verteilungsgerechtigkeit und der Kritik der Politischen Ökonomie für das Projekt der Frauenemanzipation. Weit davon entfernt, die ökonomische Dimension der Geschlechterungerechtigkeit zu unterschätzen, strebten sie eher danach, deren Bedeutung noch zu unterstreichen, indem sie herausarbeiteten, wie die Ökonomie mit den beiden zusätzlichen Dimensionen der Kultur und der Politik zusammenhing. Ebenso dachte die Neue Frauenbewegung, wenn sie den Androzentrismus des „Familienslohns“ kritisierte, niemals daran, an seine Stelle einfach nur die Doppelverdiener-Familie zu setzen. Für sie bedeutete Überwindung der Geschlechterungerechtigkeit, mit der systematischen Abwertung von Pflege- und Sorgstätigkeiten und der geschlechterorientierten Arbeitsteilung sowohl bei bezahlten wie bei unbezahlten Tätigkeiten Schluss zu machen. Und schließlich hat die Zweite Frauenbewegung, so heftig sie den Etatismus des staatlich organisierten Kapitalismus ablehnte, doch nie bezweifelt, dass es starker politischer Institutionen bedarf, um das Wirtschaftsleben in den Dienste der Gerechtigkeit zu stellen. Weit entfernt davon, die Märkte von staatlicher Kontrolle befreien zu wollen, suchte sie vielmehr die Staatsmacht zu demokratisieren, ein Höchstmaß an Bürgerbeteiligung zu erreichen, die Verantwortlichkeit und Rechenschaftspflicht zu erhöhen und die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft zu intensivieren. Die Neue Frauenbewegung verfolgte also ein breit angelegtes Emanzipationsprojekt, das auf eine radikale Umgestaltung der Tiefenstrukturen der kapitalistischen Gesellschaft zielte.

Der Feminismus und der „neue Geist des Kapitalismus“

Wie sich herausstellte, war dieses Projekt eine Totgeburt, ein Opfer tiefer reichender historischer Mächte, von denen man sich damals keine rechte Vorstellung machte. Im Rückblick erkennen wir jetzt, dass der Aufstieg der Neuen Frauenbewegung mit einer historischen Wesensveränderung des Kapitalismus zusammentraf, nämlich dem Wandel von der staatlich organisierten Variante zum Neoliberalismus. In Umkehrung der früheren Formel von der „Zähmung“ der Märkte durch Politik schlugen die Verfechter dieser neuen Kapitalismusvariante vor, die Politik durch die Märkte zu zähmen. Sie schafften wesentliche Elemente des Rahmenwerks von Bretton Woods ab, namentlich die Kapitalverkehrskontrollen, die eine Steuerung der Volkswirtschaften im Keyneschen Sinne ermöglicht hatten. Statt „Dirigismus“ propagierten sie Privatisierung und Deregulierung; statt öffentlicher Vorsorge und sozialen Bürgerrechten empfahlen sie „trickle down“ (vertrauten also darauf, dass die Förderung irgendwie von oben nach unten durchsickern würde) und „persönliche Verantwortlichkeit“, und statt der Wohlfahrts- und Entwicklungsstaaten plädierten sie für den schlanken, rücksichtslosen „Wettbewerbsstaat“, *lean & mean*.

Bemerkenswerterweise bekamen die veränderten Bedingungen der Neuen Frauenbewegung gut. Was als eine radikal gegenkulturelle Bewegung be-

gonnen hatte, stand im Begriff, sich in eine gesellschaftliche Massenerscheinung auf breiter Basis zu verwandeln. Feministische Ideen gewannen nun Anhängerinnen und Anhänger aus sämtlichen Klassen, ethnischen Gruppen, Nationalitäten und politischen Ideologien, fanden so Zugang selbst zu den entlegensten Winkeln des gesellschaftlichen Lebens und veränderten das Selbstverständnis aller, die mit ihnen in Berührung kamen. Das bewirkte nicht nur eine enorme Ausweitung ihrer aktiven Anhängerschaft, sondern auch einen tiefgehenden Wandel der gängigen Auffassungen von Familie, Arbeit und Würde.

War es bloßer Zufall, dass Neue Frauenbewegung und Neoliberalismus gleichzeitig, sozusagen als Tandem, in Erscheinung traten und gediehen? Oder gab es zwischen ihnen so etwas wie eine unappetitliche, untergründige Wahlverwandtschaft? Diese zweite Möglichkeit auch nur in Betracht zu ziehen, ist Ketzerei, gewiss, aber wir schaden uns nur selbst, wenn wir versäumen, ihr nachzugehen. Fest steht, dass der Aufstieg des Neoliberalismus das Terrain, auf dem die Neue Frauenbewegung operierte, dramatisch veränderte. Das Ergebnis war, so meine These, eine Umdeutung feministischer Ideale.⁵ Bestrebungen, die im Kontext des staatlich organisierten Kapitalismus eine eindeutig emanzipatorische Stoßrichtung besaßen, gewannen in der neoliberalen Ära einen weitaus zwiespältigeren Sinngehalt. Verschaffen wir uns also ein klareres Bild von dieser Umdeutungsdynamik, indem wir die vier oben skizzierten Brennpunkte erneut ins Auge fassen.

Der Bedeutungswandel des feministischen Anti-Ökonomismus: Der Aufstieg des Neoliberalismus fiel zeitlich mit einem Wandel in der politischen Kultur der kapitalistischen Gesellschaften zusammen. Gerechtigkeitsforderungen kamen in dieser Periode immer häufiger als Forderungen nach Anerkennung von Identität und kultureller Differenz daher.⁶ Mit dieser Akzentverschiebung „von der Umverteilung zur Anerkennung“ geriet die Neue Frauenbewegung unter massiven Druck, sich in eine „Identitätsbewegung“ zu verwandeln. In der Praxis führte das zu einer Tendenz, sozialökonomische Kämpfe solchen um Anerkennung unterzuordnen, während im Wissenschaftsbetrieb feministische Kulturforschung die feministische Sozialforschung zu verdrängen begann. Was als notwendiges Korrektiv gegen einseitigen Ökonomismus begonnen hatte, verkam auf diese Weise mit der Zeit zu einem ebenso einseitigen Kulturalismus.

Zudem hätte das Timing gar nicht ungünstiger ausfallen können. Denn die Hinwendung zum Thema Anerkennung kam dem aufsteigenden Neoliberalismus nur zu gelegen, war dieser doch vor allem auf die Unterdrückung jeglicher Erinnerung an Zeiten des sozialen Egalitarismus aus. So kam es ausgerechnet in dem Augenblick, in dem die Umstände eine energische Rückwendung zur Kritik der politischen Ökonomie verlangt hätten, unter Feministinnen zu einer Verabsolutierung der Kulturkritik. Von der Kapitalismuskritik

5 Ich übernehme den Begriff der Umdeutung (resignification) von Judith Butler, *Contingent Foundations*, in: Seyla Benhabib, Judith Butler, Drucilla Cornell and Nancy Fraser, *Feminist Contentions: A Philosophical Exchange*, London 1994.

6 Zu diesem Wandel in der Grammatik politischer Ansprüche vgl. Nancy Fraser, *From Redistribution to Recognition?* In: „New Left Review“, 4/1995, S. 68-93.

abgekoppelt und für gegensätzliche Auslegungen verfügbar geworden, ließ sich der kulturelle Strang der Bewegung in „eine gefährliche Liebschaft“ mit dem Neoliberalismus verwickeln, wie Hester Eisenstein formulierte.⁷

Die Umdeutung des feministischen Anti-Androzentrismus: Es war deshalb nur eine Frage der Zeit, bis der Neoliberalismus auch die feministische Kritik des Androzentrismus umdeuten konnte. Wie das vor sich ging, erläutere ich am besten anhand einer These von Luc Boltanski und Ève Chiapello. In ihrem wichtigen Buch „Der neue Geist des Kapitalismus“⁸ versuchen sie nachzuweisen, dass der Kapitalismus sich in historischen Umbruchphasen immer wieder selbst erneuert, indem er Elemente antikapitalistischer Kritik adaptiert. In solchen Augenblicken der Geschichte werden bestimmte Bestandteile der Kapitalismuskritik so umgedeutet, dass sie der Legitimierung einer entstehenden neuen Form des Kapitalismus dienen können. So erlangt der Kapitalismus jene höheren moralischen Weihen, die er braucht, um neue Generationen zu motivieren, die an sich sinnlose Arbeit endloser Akkumulation auf sich zu nehmen. Für Boltanski und Chiapello entstammt der neue „Geist“, welcher den flexiblen neoliberalen Kapitalismus unserer Tage legitimieren half, der „künstlerischen“ Kritik der Neuen Linken am staatlich organisierten Kapitalismus, die dessen Unternehmenskultur als grauen Konformismus anprangerte. Inspiriert vom Mai '68 – so Boltanski/Chiapello – propagierten neoliberale Management-Theoretiker einen neuen, „konnexionistischen“ Kapitalismus der „Projekte“, in welchem an die Stelle rigider Organisationshierarchien horizontal operierende Teams und flexible Netzwerke treten sollten, um so die Potentiale individueller Kreativität freizusetzen. Das Ergebnis war ein neues Kapitalismus-Märchen mit *real-world effects* – ein Märchen, das die Hightech-Startups von Silicon Valley einschloss und heute wohl seinen reinsten Ausdruck im Google-Ethos findet.

Boltanskis und Chiapellos These ist originell und fundiert. Doch weil sie geschlechterblind ist, erfasst sie den Geist des neoliberalen Kapitalismus nicht ganz. Gewiss, diesen Geist kennzeichnet auch eine maskulinistische Romantik, die sie ausführlich beschreiben – der Traum vom freien, bindingslosen, sich selbst entwerfenden Individuum. Aber der neoliberale Kapitalismus hat ebenso viel mit Walmart, *maquiladoras* und Mikrokredit zu tun wie mit Silicon Valley und Google. Und die Arbeitskräfte, ohne die er nicht existieren kann, sind in unverhältnismäßig großer Zahl Frauen – nicht nur junge Frauen, nicht nur Singles, sondern auch verheiratete Frauen und Frauen mit Kindern; nicht nur *women of colour*, sondern Frauen jeglicher Nationalität und ethnischen Zugehörigkeit. So strömten rund um den Globus Frauen auf die Arbeitsmärkte, wodurch dem Familienlohn-Ideal des staatlich organisierten Kapitalismus ein für allemal der Boden entzogen wurde. Im „desorganisierten“ neoliberalen Kapitalismus trat an die Stelle dieses Ideals die Norm der Doppelverdiener-Familie. Was macht es schon, dass die hinter dem neuen Leitbild verbor-

7 Hester Eisenstein, A Dangerous Liaison? Feminism and Corporate Globalization, in: „Science and Society“, 3/2005.

8 Vgl. hierzu auch Luc Boltanski und Ève Chiapello, Befreiung vom Kapitalismus? Befreiung durch Kapitalismus? In: „Blätter“, 4/2000, S. 476-487. – Der Titel der französischen Originalausgabe des Buches lautet „Le nouvel esprit du capitalisme“, Paris 1999.

gene Realität in abgesenkten Entlohnungsniveaus besteht, in verminderter Arbeitsplatzsicherheit, sinkenden Lebensstandards, einem steilen Anstieg der pro Haushalt geleisteten Lohnarbeitsstunden, verschärften Doppelschichten – jetzt oft schon dritte und vierte Schichten – und einer Zunahme der Zahl weiblicher Haushaltsvorstände? Der desorganisierte Kapitalismus macht aus Scheiße Gold, indem er über die neue Geschlechtergerechtigkeit fabuliert und darüber, wie herrlich weit die Frauen es doch gebracht hätten.

Ich behaupte also, so irritierend es klingen mag, dass die Neue Frauenbewegung, unwissentlich und unwillentlich, dem neuen Geist des Neoliberalismus eine ganz wesentliche Zutat lieferte. Unsere Kritik am „Familienlohn“ macht heute einen guten Teil der Legende aus, die dem flexibilisierten Kapitalismus einen höheren Sinn, einen moralischen Vorsprung zubilligt. Indem sie ihren tagtäglichen Kämpfen und Mühen einen höheren, ethischen Sinngehalt verleiht, zieht die feministische Legende Frauen von beiden Enden des gesellschaftlichen Spektrums an: einerseits die weiblichen Kader der berufstätigen Mittelschichten mit ihrer Entschlossenheit, *the glass ceiling*, die gläserne Decke, zu durchbrechen; und auf der anderen Seite die weiblichen Teilzeiterkräfte, Niedriglohn-Dienstleister, Hausangestellten, Sex-Arbeiterinnen, Migrantinnen, Exportproduktionszonen-Arbeiterinnen und Kleinkreditnehmerinnen, denen es ja nicht nur um Einkommen und materielle Sicherheit geht, sondern ebenso um Würde, persönliche Weiterentwicklung und die Befreiung von überkommenen Autoritätsverhältnissen. In beiden Fällen wird der Traum von der Frauenemanzipation in den Dienst der kapitalistische Akkumulationsmaschine gestellt. So erfreut sich die Kritik der Neuen Frauenbewegung am „Familienlohn“ eines perversen Nachspiels. Einst Kernstück einer radikalen Analyse des androzentrischen Kapitalismus, dient sie heute dazu, die Überbewertung der Lohnarbeit im Kapitalismus noch zu verstärken.

Die Umdeutung des feministischen Anti-Etatismus: Auch den Anti-Etatismus der vorausgegangenen Periode hat der Neoliberalismus umgedeutet und in Argumentationsmaterial für Vorhaben verwandelt, die auf eine generelle Einschränkung der Staatstätigkeit zielen. In dem neuen Klima lag, wie es schien, zwischen der Kritik der Neuen Frauenbewegung am sozialstaatlichen Paternalismus und Thatchers Kritik am *nanny state*, am vormundschaftlichen Staat, nur ein winziger Schritt.

Ganz sicher verlief die Geschichte in den Vereinigten Staaten genau so, wo die Feministinnen hilflos zuschauten, als Bill Clinton ihre differenzierte Kritik an einem sexistischen und stigmatisierenden Sozialhilfesystem in den Plan „to end welfare as we know it“ ummünzte und mit dieser Absage an den „Sozialstaat alter Art“ das bundesgesetzlich verankerte Recht auf Sozialhilfe gleich ganz abschaffte. In der postkolonialen Welt schlug unterdessen die Kritik am Androzentrismus der dortigen Staatswesen in begeisterte Zustimmung zu den Nichtregierungsorganisationen (NGOs) um, die überall entstanden und die von einer schrumpfenden Staatlichkeit hinterlassenen Lücken füllten. Gewiss, die besten dieser NGOs sorgten dafür, dass viele Menschen, die sich öffentlicher Dienstleistungen beraubt sahen, dringend benötigte materielle Hilfe erhielten. Öfter aber führte die Entwicklung zur Entpolitisierung der

Gruppen vor Ort und dazu, dass deren Agenda im Sinne der von Geldgebern aus der „Ersten Welt“ bevorzugten Ziele umgestellt wurde, nicht aber zu einer Stärkung des Widerstands gegen den Abbau öffentlicher Vorsorgeeinrichtungen oder zum Aufbau politischen Drucks in Richtung einer bedarfsgerechten Staatstätigkeit.

Die explosionsartige Ausbreitung des Mikrokreditwesens veranschaulicht das Dilemma. Indem sie den zur Passivität verleitenden Praktiken des *Top-down*-Etatismus feministische Werte wie Partizipation und Basis-Ermächtigung entgegensezten, schufen die Architekten solcher Projekte eine innovative Synthese aus individueller Selbsthilfe, *community networking*, NGO-Aufsicht und Marktmechanismen – allesamt auf die Bekämpfung von Frauenarmut und -unterwerfung gerichtet. Aber was bei dem ganzen feministischen Tamtam, das diese Projekte umgab, übersehen wurde, ist eine beunruhigende Koinzidenz: Die Entstehung des Mikrokreditwesens fällt zeitlich zusammen mit dem Rückzug der Staaten aus ihrer Aufgabe, mit makrostrukturellen Maßnahmen gegen die Armut vorzugehen, mit Maßnahmen und Anstrengungen also, die durch die Vergabe von Kleinstkrediten keineswegs ersetzt werden können. Auch in diesem Falle hat die feministische Kritik demnach ungewollt den Neoliberalismus begünstigt. Was ursprünglich auf die Verwandlung staatlicher Macht in ein Instrument der Bürgerermächtigung und sozialen Gerechtigkeit abgezielt hatte, wird jetzt zur Legitimierung von Marktermächtigung, Privatisierung und Beschneidung staatlicher Leistungen benutzt.⁹

Die Umdeutung des feministischen Pro-und-Contra-Verhältnisses zum „westfälischen“ Staatensystem: Schließlich hat der Neoliberalismus auch das ambivalente Verhältnis der Neuen Frauenbewegung zum „westfälischen“ Staatensystem mit all seinen Vor- und Nachteilen abgewandelt. In dem neuen Kontext der „Globalisierung“ versteht es sich nicht mehr von selbst, dass der Nationalstaat mit seinem umgrenzten Territorium das einzig legitime Gefäß für Gerechtigkeitsansprüche, -verpflichtungen und -kämpfe ist. Die Neue Frauenbewegung hat ebenso wie Umweltbewegung, Menschenrechtsaktivisten und WTO-Kritiker diese Sicht der Dinge in Frage gestellt. Sie alle mobilisierten postwestfälische Vorstellungen, die zur Zeit des staatlich organisierten Kapitalismus nicht praktikabel gewesen waren, und nahmen zuvor marginalisierte oder nicht beachtete grenzüberschreitende Ungerechtigkeiten ins Visier. Das Ergebnis war eine viel versprechende neue Form feministischer Aktivitäten – transnational, multiskalar, postwestfälisch.

Aber die transnationale Wende brachte auch Schwierigkeiten mit sich. Da sie sich auf innerstaatlicher Ebene oftmals abgeblockt sahen, konzentrierten viele Feministinnen ihre Energien auf die „zwischenstaatliche“ Arena, besonders auf die Perlenkette der großen UN-Konferenzen von Nairobi über Wien bis Peking und darüber hinaus. Indem sie auf die Präsenz in einer „globalen Zivilgesellschaft“ setzten, von der neue Formen von *Global Governance* aus-

9 Vgl. Sonia Alvarez, *Advocating Feminism: The Latin American Feminist NGO „Boom“*, in: „International Feminist Journal of Politics“, 2/1999; Carol Barton, *Global Women’s Movements at a Crossroads*, in: „Socialism and Democracy“, 1/2004.

gehen sollten, verstrickten sie sich in einige der Probleme, auf die ich oben schon hingewiesen habe. Weil sie die aus dem Kalten Krieg herrührende Trennung bürgerlicher und politischer Rechte von sozialen und wirtschaftlichen Rechten bestätigten, führten auch diese Bestrebungen zu einer Unterordnung der Verteilungs- unter die Anerkennungsproblematik. Außerdem verstärkten diese Kampagnen die NGOisierung feministischer Politik und vertieften so die Kluft zwischen Profis und Basisgruppen. Auch die feministische Kritik am westfälischen Staatensystem erwies sich also in den Zeiten des Neoliberalismus als ambivalent.

Allgemein gesehen konfrontiert uns das Schicksal des Feminismus in der neoliberalen Ära daher mit einem Paradox. Einerseits hat die in der vorhergehenden Periode relativ kleine Gegenkultur-Bewegung sich enorm ausdehnen und ihre Ideen erfolgreich in alle Welt tragen können. Andererseits erfuhren genuin feministische Vorstellungen in dem veränderten Kontext einen subtilen Wert- und Bedeutungswandel. Die zu Zeiten des staatlich organisierten Kapitalismus eindeutig emanzipatorische Kritik am Ökonomismus und am Androzentrismus scheint inzwischen, ebenso wie diejenige des Etatismus oder die Kritik am westfälischen Staatensystem, zweideutig geworden zu sein und ist in den Verdacht geraten, die Legitimationsbedürfnisse einer neuen Form des Kapitalismus zu bedienen. Schließlich hat es diese Art Kapitalismus viel lieber mit Anerkennungs- als mit Umverteilungsforderungen zu tun, basiert doch das neue Akkumulationsregime ganz wesentlich auf weiblicher Lohnarbeit und auf dem Versuch, die Märkte staatlich-gesellschaftlicher Regulierung weitestgehend zu entziehen, um desto ungestörter global operieren zu können.

Wie weiter mit dem Feminismus?

Doch es ist der Kapitalismus selbst, der heute wieder vor entscheidenden Weichenstellungen steht. Ziemlich sicher scheint, dass die globale Finanzkrise und die entschieden postneoliberale Reaktion der – jetzt allesamt keynesianisch gestimmten – führenden Staaten auf diese Krise den Anfang vom Ende des Neoliberalismus als Wirtschaftsregime markieren. Vielleicht stehen wir an der Schwelle einer weiteren „großen Transformation“, die sich ähnlich massiv und tiefgreifend auswirken könnte wie jene, die ich hier gerade beschrieben habe.

Sollte das zutreffen, so wird die Gestalt der Nachfolgesellschaft in den kommenden Jahren Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen sein. Und der Feminismus wird in diesen Auseinandersetzungen eine bedeutende Rolle spielen – auf zwei verschiedenen Ebenen. Erstens als soziale Bewegung, die versuchen wird sicherzustellen, dass in dem Nachfolgeregime Geschlechtergerechtigkeit verbindlich institutionalisiert wird. Zweitens aber wird *Gender Justice* auch als ein Konstrukt des allgemeinen Diskurses fungieren, welches die Feministinnen der erstgenannten Ebene nicht länger „besitzen“ und nicht mehr kontrollieren können – eine inhaltsleere Bezugnahme auf etwas Gutes (vergleichbar vielleicht der formelhaften Beschwörung von „Demokratie“),

eine Formel, die zur Legitimierung einer Reihe unterschiedlicher Szenarien herangezogen werden kann und wird, die keineswegs immer der Geschlechtergerechtigkeit dienen. Auch wenn sie ein Sprössling des Feminismus im ersteren Sinne, dem einer sozialen Bewegung, ist, hat die letztere, die diskursive Bedeutung von „Feminismus“, längst zu vagabundieren begonnen. In dem Maße, in dem der Diskurs von der Bewegung unabhängig wird, sieht die letztere sich zunehmend mit einem seltsamen Schattenbild ihrer selbst konfrontiert, einem unheimlichen Double, welches sie weder umstandslos akzeptieren, noch gänzlich desavouieren kann.

Welche Konsequenzen wären aus meiner Schilderung des beunruhigenden Tanzes zu ziehen, den diese beiden Feminismen im Übergang vom staatlich organisierten Kapitalismus zum Neoliberalismus aufführen? Ganz bestimmt nicht der Schluss, dass die Neue Frauenbewegung schlicht und einfach versagt habe, und ebenso wenig der, dass der Triumph des Neoliberalismus den Feministinnen anzulasten sei. Sicherlich auch nicht, dass die feministischen Ideale aus sich heraus problematisch oder etwa, dass sie stets und unentrinnbar dazu verurteilt sind, für kapitalistische Zwecke umgedeutet zu werden. Meine Schlussfolgerung geht vielmehr dahin, dass wir, die den Feminismus vor allem als eine Bewegung für Geschlechtergerechtigkeit verstehen, uns unserer Geschichte bewusster werden müssen, seit auf dem Terrain, auf dem wir uns bewegen, auch unser unheimliches Double agiert.

Deshalb sollten wir uns abschließend noch einmal der Frage zuwenden, wie – wenn überhaupt – unsere „gefährliche Liebschaft“ mit dem Neoliberalismus zu erklären wäre. Sind wir Opfer eines unglücklichen Zusammentreffens, eines Zufalls? Oder gibt es, wie ich schon andeutete, eine Art untergründiger Wahlverwandtschaft zwischen Feminismus und Neoliberalismus? Sollte es tatsächlich irgendeine Affinität zwischen ihnen geben, dann insofern, als beide überkommene Autoritäten in Frage stellen.¹⁰ Gegen derartige Autoritäten kämpfen Feministinnen seit eh und je an. Denn immer schon strebte die Frauenbewegung nach der Emanzipation der Frauen aus der personalisierten Unterwerfung unter Männer – seien diese ihre Väter, Brüder, Priester, Ehegatten oder sonstwer. Doch immer wieder gab es auch Zeiten, in denen überkommene Autoritäten der kapitalistischen Expansion hinderlich schienen, als Teil der sozialen Textur, in die die Märkte historisch eingebettet waren und die dazu diente, die ökonomische Rationalität auf einen festgelegten Bereich einzugrenzen.¹¹ Zum gegenwärtigen Zeitpunkt scheinen diese beiden Kritiken traditioneller Autorität – die eine feministisch, die andere neoliberal – zu konvergieren.

Im Gegensatz dazu *divergieren* Feminismus und Neoliberalismus dort, wo es um posttraditionelle Formen geschlechtsbegründeter Subordination geht – um Zwänge, die in das Leben der Frauen nicht in Form personenbezogener Unterwerfung eingreifen, sondern aus strukturell oder systemisch bedingten Prozessen erwachsen, in denen die Aktivitäten vieler Menschen abstrakt

10 Dieses Argument geht zurück auf Eli Zaretsky (persönliches Gespräch). Vgl. auch Eisenstein, a.a.O.

11 Zur Einbettung der Märkte vgl. Karl Polanyi, *The Great Transformation*. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Frankfurt a. M. 1995 [1944].

und nicht personalisiert vermittelt werden. Ein Schlüsselbeispiel beschreibt Susan Okin, wenn sie von einem „Kreislauf gesellschaftlich verursachter und unverkennbar asymmetrischer Verwundbarkeit durch Eheschließung“ spricht, in welchem die traditionelle Verantwortlichkeit der Frauen für die Kindererziehung zu ihrer Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt beiträgt, was zu der ungleichen Machtverteilung im Wirtschaftsgeschehen führt, die ihrerseits wiederum die ungleiche Machtverteilung in der Familie verstärkt und verschlimmert.¹² Solche über den Markt vermittelten Unterordnungsprozesse sind geradezu das Lebenselixier des neoliberalen Kapitalismus. Folglich sollten sie heute ein Brennpunkt der feministischen Kritik werden, wenn wir uns vom Neoliberalismus abgrenzen und vermeiden wollen, dass er unsere Ideen umdeutet und instrumentalisiert. Dabei darf natürlich der Kampf gegen die traditionelle männliche Autorität nicht auf der Strecke bleiben, der weiterhin ein unverzichtbarer Bestandteil der feministischen Kritik ist. Es geht vielmehr darum, die Umwandlung einer solchen Kritik in ihr neoliberales Double zu erschweren, wenn nicht zu beenden – vor allem dadurch, dass der Kampf gegen Formen personalisierter Subordination wieder in den Zusammenhang der Kritik an einem kapitalistischen System gestellt wird, das zwar Befreiung verheißt, in Wahrheit aber nur eine Form der Herrschaftsausübung durch eine andere ersetzt.

In der Hoffnung, dieses Vorhaben voranbringen zu können, wollen wir uns ein letztes Mal unseren vier Brennpunkten feministischer Kritik zuwenden.

Postneoliberaler Anti-Ökonomismus: Die mögliche Abkehr vom Neoliberalismus eröffnet die Chance, die emanzipatorische Botschaft der Neuen Frauenbewegung mit neuem Leben zu erfüllen. Wenn es uns gelingt, die Dimensionen der Umverteilung, der Anerkennung und der Repräsentanz, die in der zurückliegenden Zeit auseinandergefallen sind, auf ausgewogene Weise miteinander zu verbinden, können wir möglicherweise den Zusammenhang zwischen feministischer Kritik und Kapitalismuskritik wiederherstellen.

Postneoliberaler Anti-Androzentrismus: Desgleichen eröffnet die mögliche Wende zu einer postneoliberalen Gesellschaft die Chance, die illegitime Verbindung zwischen unserer Kritik des „Familienlohns“ und dem flexibilisierten Kapitalismus zu lösen. Durch die Zurückeroberung der eigenen Androzentrismuskritik könnte die Neue Frauenbewegung offensiv für eine Lebensweise eintreten, die nicht mehr vorrangig um Lohnarbeit kreist und nicht-warenförmige Tätigkeiten aufwertet, darunter auch, aber nicht nur, Betreuungs- und Sorgearbeit.

Postneoliberaler Anti-Etatismus: Ebenso bietet die Krise des Neoliberalismus auch eine Chance, die zweifelhafte Beziehung zwischen unserer Etatismus-Kritik und der Marktideologie, also der Auslieferung der Gesellschaft an Marktprozesse, abubrechen. Wenn sie ihren originären Anspruch auf partizipatorische Demokratie geltend machen, können Feministinnen für eine neue Organisationsweise der politischen Macht kämpfen, die bürokratische Managementformen einer Mitwirkung und Kontrolle durch Bürgerinnen und

¹² Susan Okin, *Justice, Gender and the Family*, New York 1989, S. 138.

Bürger unterwirft, zugleich aber auch die Steuerungsfähigkeiten der Politik verstärkt, deren es bedarf, um die Märkte im Interesse der Gerechtigkeit zu zähmen.

Postneoliberale Kritik des westfälischen Staatensystems: Und schließlich eröffnet die Krise des Neoliberalismus neue Möglichkeiten, die seit langem bestehende Ambivalenz im Umgang der Frauenbewegung mit dem westfälischen Staatensystem auf produktive Weise zu überwinden. Angesichts der transnationalen Reichweite des Kapitals und der Notwendigkeit, dass die öffentlichen Gewalten entsprechend weitreichende Wirkungsmöglichkeiten erlangen, könnte die Frauenbewegung sich jetzt für eine neue, postwestfälische politische Weltordnung einsetzen – demokratisch, multiskalar und sensibilisiert für grenzüberschreitende Ungerechtigkeiten.

Ich plädiere also dafür, die entstandene Situation als Chance zu betrachten, als Herausforderung der Frauenbewegung *to think big*. Nachdem wir mit anschauen mussten, wie der neoliberale Ansturm sich unserer besten Ideen bediente, eröffnet sich jetzt die Möglichkeit, diese zurückzuerobern. Wenn wir die Chance nutzen, könnte es gelingen, die Struktur der bevorstehenden großen Transformation in Richtung Gerechtigkeit zu verändern – und dies nicht allein im Hinblick auf Geschlechtergerechtigkeit.

Anzeigen

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE
BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

express

Ausgabe 6/09 u.a.:

- ◆ Anton Kobel: »Eine Pleite nach der andern«, zur Tarifrunde Einzelhandel in der Krise
- ◆ Gaston Kirsche: »Wir müssen bleiben – nicht Opel«, Gespräch mit Wolfgang Schaumberg
- ◆ Peter Birke: »Gegen diese ganze, globalisierte Ökonomie«, der AEG-Streik in Interviews und Dokumenten
- ◆ Tiffany Ten Eyck: »Wie steht die Arbeiterbewegung zu Arbeitern in Bewegung?«, Interview mit David Bacon zur Einwanderungsreform in USA

○ Ich möchte 1 Probeexemplar

Niddastraße 64
60329 FRANKFURT
Tel. (069) 67 99 84
express-afp@online.de
www.labournet.de/express

Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten

inamo

Sommer 2009 **58**

Sudan: Zwischen Kosmos und Chaos

Bilanz: 20 Jahre al-Bashir • 4 Jahre Comprehensive Peace Agreement (CPA) • Machtstrukturen und politische Lager • Wahlen 2010 • Unter einem Genozid interessiert Darfur nicht! • Der IstGH und Darfur: Wie hinderlich ist Gerechtigkeit? • Eine Kritik am Haftbefehl gegen Omar al-Bashir • Ausdruck des Wandels: Die Beziehungen China – Sudan

Autor(inn)en: A. Dargatz, R. Deckert, D. Large, M. Mahmoud, M. Peter, J. Flint/A. de Waal, A. Weber, D. M. Tull

30 Jahre Islamische Republik Iran: Fortschritt, Rückschritt, Stillstand • Hizbullah: Neue Ära? Neue Politik? • Israel, Südafrika und Apartheid

inamo e.V., Postfach 310727, 10637 Berlin,
☎ 030/86421845, @ redaktion@inamo.de, 5,50 €